

Luzerner Tagblatt.

Abonnementspreise:

	3 Monate	6 Monate	1 Jahr
Durch die Post bestellt	Fr. 12. 80	Fr. 24. 40	Fr. 48. 80
Für Luzern zum Bringen	" 12. —	" 6. —	" 3. —
" " Abholen	" 10. —	" 5. —	" 2. 50

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditiions-Bureau: St. Jakobsvorplatz Nr. 11
Büro der Expedition am Kornmarkt.

Der vierzigste Jahrgang.

Nr. 68.

Insertionspreise:

Der Blatt und Anzeigen-Typen und die an denselben in der Anzeigenschriften gesetzten Anzeigen	
Die einseitige Zeile oder deren Raum . . .	10 Cts.
Wiederholungen . . .	8 "
Die die erste Zeile und die Zeilen:	
Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Cts., Wiederholungen 10 Cts.	
Preis der Bekanntheit-Zeile (Petit-Druck): 60 Cts.	
Insertat-Nachnahme (größere bis 9 Uhr, kleinere bis 10 1/2 Uhr) in dem Expeditiions-Bureau St. Jakobsvorplatz und Filiale Kornmarkt.	

Samstag,

Gratias-Vergeltung

Leben bringt die besterliche Vergeltung. Wöchentliche Unterhaltungen
Alle vierzehn Tage das „Hauswartungsblatt“, Gemeinnützige Blätter.

Gratias-Vergeltung

21. März 1891.

Erstes Blatt.

Kandidaten-Liste

der

Liberalen der Stadt Luzern

für die auf

Sonntag den 22. März 1891

angelegte

Ergänzungswahl in den engern Stadtrat.

1. Kandidat als Stadtrat:

Sr. Dr. Herm. Sellen, Gerichtspräsident.

2. Kandidat als Stadtratspräsident:

Sr. Dr. Herm. Sellen, Gerichtspräsident.

Die liberalen Wähler werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, die Namen auf der Stimmliste deutlich auszusprechen und alle Rubriken auszufüllen.

Das liberale Zentralkomitee.

Geschichtskalender.

1487. März 21. Im Kampf nicht Bruder Klaus.

Radikal und ultramontan.

II.

Nach der Abstimmung vom 15. März ließ der kuzernische „Moniteur“ wieder die Freidemokratie erörtern und sprach die Erwartung aus, die Parteien werden von nun an wieder einträchtiglich zusammenwirken. Nach dem, was in den letzten Wochen vorgegangen, wäre ein solcher Appell an die Gutmüthigkeit der Liberalen mehr als naiv; aber er ist nicht ernst gemeint, sondern auf Fernerstehende berechnet, denen so auf billige Manier die Meinung beigebracht werden soll, wie loyal und freibütig die Ultramontanen im Kanton Luzern seien.

Es gab eine Zeit, wo die Parteien wirklich ruhig gemeinsame Arbeit zum Wohl des Kantons verrichteten. Dieses begann zu Anfang der Achtziger-Jahre, und das Eintreten der Regierungspartei in freihändlerische Bahnen war durch einen erbitterten Wahlkampf veranlaßt worden. Im Jahr 1879 fanden sich nämlich die Liberalen bewogen, mit dem Regiment ein wenig in's Gebet zu gehen und seine achtjährige Geschäftsführung kritisch zu beleuchten. Die dahingehende Untersuchung ergab, daß die Ultramontanen, nachdem sie sich im Staate wohnhaft eingerichtet und als erste „politische Thier“ das Inkompatibilitätsgesetz ausgehoben hatten, sich wohl kein Hebel, die früher so verpönte Staatssteuer bezogen, ohne etwas Neues zu schaffen oder ihre Verpflichtungen dem Volk zu halten, und namentlich auf dem Gebiete der Rechtspflege Schlenker und Willkür überhand nehmen ließ. Deshalb nahmen die Liberalen den Kampf auf.

Als der Sturm vorüber war, blieben es die Tonangebenden in der Regierungspartei für gut, sich an einige gesetzgeberische Arbeiten zu machen, die theils längst gestellten Postulaten entsprachen, theils dem Staatsfidel neue Einkünfte verschafften. Es war ungefähr um die gl. idje Zeit, als auf eidgenössischem Boden die sogenannte Realpolitik im Entstehen und in der Entwicklung begriffen war. Um praktische Erfolge zu erzielen, nahm man es mit den Grundfragen nicht allzu genau; man gab solche preis und pagte sie den Verhältnissen an, je nachdem der Zweck dies erforderte. Die politische Arena war zum Marktplat geworden, und es nur auf Leistung und Gegenleistung ankam. Sorgfältig wurde Alles vermieden, was tiefergehende politische Differenzen heraufbeschwören konnte. Den Eimen war es darum zu thun, den Bund auf Grund der 1874er Verfassung ruhig auszubauen; den Andern, für sich aus dem Schiffsbruch des Föderalismus so viel zu retten, als möglich war. Mit der Verfassung der Grundzüge war eine Art Kameraderie verbunden; das politische Leben flugierte.

Etwas Ähnliches ging auf kantonalem Boden vor. Die Annäherung der Parteien wurde eine sehr intime. In den Kommissionen fraternisierte der Rößel der Ratzen mit dem Schwarzen der Schwarzen. Die Liebe und Eintracht, welche die feindseligen Wälder mit Allgewalt erschaffen zu haben schienen, waren einträglich ruhend. Die weitestgehende man, sich das Leben so bequem als möglich zu machen! Wer war mehr, als gerade die bösen Liberalen, dafür besorgt, daß dem Staate die Mittel, alten und neuen Aufgaben gerecht zu werden, in möglichst reichem

Maße beschafft werden? Einige neue Schöpfungen, die zum Theil schon lange von den Liberalen angestrebt worden, kamen wirklich durch dieses Zusammenwirken der Parteien zu Stande. Der ehrsame Philister, der nicht fehnlicher wünscht, als in Ruhe sein Bier zu trinken und seine Zinsen zu verzehren, und dem Aufregung in der Politik ebenso zuwider ist, wie ein kalter Luftzug, hatte seine helle Freude an dem ruhigen Gange der Staatsmaschine. Die Debatte im Rathssaal entbehrt jeder Bitterkeit; alles war lauter Brüderwasser; geriet man einmal etwas schärfer aneinander, so war es nicht gar ernst gemeint; man rechte mehr zum Fenster hinaus, um die Duerköpfe, die der Säuselmeter nicht trauten, zu beschwichtigen. Höchstens Sr. Vinzenz Fischer, der an eine andere Luft gewöhnt ist, und ein alter Bekannter von ihm auf der andern Seite, der leiber zu früh von hinnen ging, brachten etwas Leben in die Verhältnisse.

Was jener Frieledensperiode mit Fug und Recht nachgerühmt werden kann, ist das Zurückdrängen der extremen Elemente der Regierungspartei. So lange Dr. Segeffer lebte, kam die liberale Politik nicht zur vollen Geltung. Seine Autorität war den Angriffen und Vorstößen der „jungen Schule“ gewachsen. Als er gestorben war, wurde bald eine schärfere Tonart bemerkt.

Die ruhigen und Beschäftigten wurden in den Vordergrund gedrängt. Die Erblichkeit Segeffer hat Keiner übernommen, weil Keiner das Zeug dazu hatte. Ter am Kantonshauptamt amtierenden Regierung stand eine Nebenregierung zur Seite, die theils in Sursee, theils im Hinterland ihren Sitz hatte. Sie hatte ihre eigene Politik, die für die Partei bald maßgebend war, zumal sie in der Regierung selbst ihre Stützen fand. Die Nebenregierung hatte einen demokratischen Anstrich; die eine Meinung war sich vornehmlich auf Verfassungsfragen, die andere machte in volkswirtschaftlichen Fragen; beide waren geneigt, die politischen Doktrinen der „jungen Schule“ in Praxis zu überführen und ihr durch Geld und Dünn Herzfolge zu leisten. Die Politik des perfekten, gemäßigten, sanftmüthigen und in den Mitteln nicht wählerischen Ultramontanismus, wie er in neuester Zeit in Freiburg und im Tessin herrscht und vor fünfzig Jahren im eigenen Kanton oben auf war, gewann immer mehr an Einfluß. Die Solidarietät mit diesem Regierungssystem fand nach dem 11. September vorigen Jahres bezeichnenden Ausdruck. Es war der Wiedereinsetzen des alten Sonderbundes.

Die Werbung in der Politik zeigte sich auch in der ultramontanen Presse. So roh, so aufsteigend und auf die bösen Triebe im Volk lebend, so perfid im Anknüpfen und so ungenüht im Alzen und Weidrehen war sie noch nie gewesen. Inzwischen ließen auch die Herren im Rathssaal die Wäste der Loyalität fallen. Die Deklamationen über gemeinsame Arbeit am Wohle des Kantons hörten auf; es erfolgte die brutale Majorisierung der Liberalen aus rein parteipolitischen Gründen, und als sich die Liberalen ihrer Haut wehrten, wurden sie verhöhnt und verlästert, in und außer dem Rathssaal. Eine konservative Mittelpartei, wie sie sogar in den Vierzigerjahren bei uns existierte, gibt es bei uns nicht mehr; die gemäßigten Konfessionen sind von der Wühlflügel verschlungen. Die ganze Partei ist über den nämlichen Leck geschlagen. Schon träumt das „Volksblatt“ auch davon, es werde in der „kirchenspolitischen Kumpellammer“ aufgeräumt werden.

Die Art und Weise, wie das Parteinachwerk der Wählkreise-Einstellung zu Stande kam und wie die Agitation gegen die Liberalen anlässlich der Revisionsbewegung betrieben wurde, hat auf geraume Zeit hinaus das Tschüch zwischen den Parteien geschnitten. Die Liberalen können kein Vertrauen in die Wählkreise der Gegner haben und ihren Worten keinen Glauben schenken. Es wird sie freuen, wenn die Mehrheit liberale Postulate richtig durchführt; gegen die reaktionäre Strömung, die jetzt im Kanton herrscht, aber werden sie energisch anlämpfen. Wenn die Verjährung der politischen Gegensätze einer gedeihlichen gesetzgeberischen Arbeit hinderlich sein sollte, so haben das die ultramontanen Nebenregenten und ihre Affinitäten in der Regierung auf dem Gewissen.

Genossenschaft.

h Zolltarif. Die Zolltarifkommission des Nationalrates hat am 18. und 19. d. die Differenzen zwischen Ständerat und Nationalrat über den Zolltarif bis auf die letzten drei. Die Anträge für rothe Baumwollpräparate und Uhren durchdrängen und erledigt. Im Allgemeinen hat das Bestreben dominiert, einer gewissen fehnlicher Stimmung gegen höhere Erhöhungen im Tarif nicht dadurch Nachtrag zuzuführen, daß man der Tendenz des Ständerathes, in einer Reihe von Positionen über die Beschlässe des Nationalrates hinaus zu gehen, nachgab. Die Kommission geht übrigens mit dem Ständerath durchaus einig in der Ansicht, daß in der Aprilsession der Bundesversammlung der Tarif völlig fertig gestellt werden müsse.

— Gotthardbahn-Subvention. Die Regierung von Baselstadt hat eine Kollektivbeilage der Subventionskontone an den Bundesrat angeregt, worin derselbe ersucht werden soll, die Frage der Wertigkeit des Antheils der 4.5 Mill. Bundessubsidie an der Gotthardbahn in dem Einem in Wiedererwägung zu ziehen, daß die der Antheil nicht der Bundeskasse, sondern den Gotthardbahntonen zugewiesen werde.

— Schweizerischer Patentverein. Die Generalversammlung findet am 6. und 7. April in Olten statt.

— Erfindungsgeschäft. Im Laufe des Jahres 1890 sind 1394 Patente gesucht und 1 Besuch betreffend getheiligt, während Ausstellungen gedienten Schutz dem eidgenössischen Amt für geistiges Eigentum eingereicht worden. Von den Patentgesuchen bezogen sich 798 auf provisorische, 543 auf definitive Patente und 63 auf Zusatzpatente; 31 Gesuche sind zurückgezogen und 28 zurückgewiesen worden.

— Fabrikwesen. Der „Grüllaner“ meldet, daß in den Bündholzfabriken immer wieder neue Fälle von Neurose auftreten und zwar selbst in den bestgeeigneten Fabriken dieser Art und daß die Neurose, diese einschlägige Krankheit, eher im Annehmen als im Abnehmen sei. Im Namen der Menschlichkeit verlangt der „Grüllaner“ ein Verbot solcher Fabrikation und die Einführung des Monopols der Bündholzfabrikation.

— Geflügel- und Eierverkauf im Jahre 1890. Die Waarenstatistik weist für das letzte Jahr folgende Ziffern auf: Es sind in die Schweiz eingeführt worden für 1,325,025 Fr. lebendes und für 3,481,240 Fr. getödtetes Geflügel, sowie für 5,891,360 Fr. Eier. Die letztjährige Gesamtimporteure an Geflügel und Eiern beziffert sich somit auf die respektable Summe von 13 1/2 Millionen Franken. Von den Eiern lieferte Oesterreich Ungarn für rund 3 1/2 Millionen Fr., Frankreich und Italien für je rund 1 Million. Von dem getödteten Geflügel wurde für 2 1/2 Mill. aus Frankreich bezogen, für 1/2 Million aus Italien, der Rest aus Oesterreich und Deutschland. Vom lebenden Geflügel kamen 1/3 aus Italien, 1/3 aus Frankreich.

Luzern. * Zur Stadtpräsidenten-Wahl. Wenn auch eine ernste Opposition seitens der Konfessionen für die Stadtpräsidenten-Wahl vom nächsten Sonntag wohl nicht zu fürchten ist, so erachten wir es doch als eine eigentliche Ehrenpflicht aller Liberalen, an dieser Wahl Mann für Mann theilzunehmen und dem einmüthig bezeichneten Kandidaten, dem verdienstvollen scheidenden Präsidenten unseres Bezirksgerichtes, dem erprobten, tüchtigen Führer und Wortkämpfer für die gute freimüthige Sache, Hrn. Dr. Hermann Sellen, möglichst viele Stimmen als Zeichen unseres berechtigten Zutrauens und unserer Anerkennung zu sichern. Darum läge Keiner die kleine Mühe und stamme kommenden Sonntag dem Gerichtspräsidenten Hrn. Dr. Hermann Sellen als Mitglied des Stadtrathes und als Stadtratspräsidenten.

* An dieser Stelle möchten wir die liberale Wählererschaft der Stadt Luzern noch speziell ersuchen, am nächsten Sonntag recht zahlreich an der Urne zu erscheinen und mannhaft für unsere Kandidaten einzustehen. Es hat Hr. Gerichtspräsident Dr. H. Sellen als liberaler Führer und eifriger Verfechter der Interessen der Stadt Luzern und der liberalen Sache überhaupt dies wohl verdient, und hoffen wir daher, daß diese Mahnung recht zahlreich Beachtung finde. Gleichzeitig machen wir noch darauf aufmerksam, daß die Stimmenten genau und vollständig auszufüllen sind, andernfalls sich sonst viele verlorene Stimmen ergeben würden.

Der Kanton Luzern zählt gegenwärtig 91,246 in eidgenössischen Angelegenheiten Stimmberechtigte.

* Die Schlussprüfung der zwei Kurse der Landwirtschaftlichen Winterschule in Sursee findet Dienstag den 24. März statt. Es umfasst: Obstbau, allgemeinen Pflanzenbau, Gesundheitspflege des Viehes, Viehzucht, Milchwirtschaft und speziellen Pflanzenbau.

* Schwarzenberg. (Eingel.) Ein Korrespondent des „Ab.“ sagt: „Schwarzenberg hat sich gemacht und wird sich je länger je besser machen.“ Wie gut sich aber Schwarzenberg machen wird, wird die Zukunft lehren, Hr. Korrespondent! Legen Sonntag wurde hier wieder eine Saate gesät, von welcher die Bürger, wenn sie aufgeht, nur Unkraut ernten werden.

Jüri. Seit einiger Zeit schweben zwischen dem Schupmacher-Gesellschaft und dem Metzerverein Tarifunterhandlungen, die bis jetzt zu einem guten Ziele nicht führten. Infolge dessen gehört ein Zustand nicht zu den Unmöglichkeit.